

23-03-1989

1040 BRÜSSEL

rue de la Loi 70 - Wetstraat 70  
Tel. 02/230 89 45



An den Herrn Ministerpräsidenten der  
Wallonischen Regionalexekutive

13-14, Kunstlaan  
13-14, Avenue des Arts

1040

BRÜSSEL

I/SCHREIBEN VOM

I/REF.

U/REF.

BEILAGEN

20.005/11/PD  
AR/MTV

BETRIFFT: Forstverwaltung.  
Sprachenkenntnis des Personals.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass die vereinigten Abteilungen der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle in ihrer Sitzung vom 10. November 1988 zwei Klagen untersucht haben, die sich wegen der Ernennung des Herrn NOE, eines französischsprachigen Beamten ohne Deutschkenntnisse, als Leiter der Vervierser Inspektion gegen die Forstverwaltung richten.

Die Kläger machen ausserdem darauf aufmerksam, dass der einzige andere Beamte dieses Dienstes, ein Verwaltungsbeamter der Stufe 2, die deutsche Sprache auch nicht beherrscht.

Die Kommission stellt fest, dass die Vervierser Inspektion für die Distrikte Eupen, Walhorn und Dolhain zuständig ist, was bedeutet, dass ihr Wirkungskreis sich sowohl auf das französischsprachige wie auch auf das deutschsprachige Gebiet erstreckt. Es handelt sich um einen Distrikt der Wallonischen Regionalexekutive im Sinne von Artikel 41 des ordentlichen Gesetzes zur Reform der Institutionen vom 9. August 1980 mit Sitz im französischsprachigen Gebiet.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle ist nicht auf die Beweisführung der Forstverwaltung eingegangen, die behauptet, die Inspektion sei kein Dienst im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eher ein Zwischenstadium der Leitung und der Koordination.

Es stimmt, dass die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle mit ihrem Gutachten Nr. 13.014 vom 11. März 1982 die Distrikte als "wirklich einsatzfähige Dienste" angesehen hat, aber nicht ohne die Malmédyer Inspektion im selben Gutachten als einen "Dienst" im Sinne der Koordinierten Sprachengesetze zu bezeichnen. Zudem hat sie in ihrem Gutachten Nr. 13.181 vom 01.07.1982 beschlossen, den Forstbeamten, der für ein Forstrevier verantwortlich ist, ebenfalls als einen "Dienst" zu betrachten, um die sprachlichen Zwänge, die diesem Personal auferlegt werden, zu begrenzen.

.../...

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle bemerkt, dass niemand ernannt oder befördert werden kann in einem Dienst im Sinne von oben erwähntem Artikel 41, wenn er nicht die Sprache des Gebietes, in dem sich der Sitz des Dienstes befindet, in diesem Fall Französisch, beherrscht. Da ausdrücklich keine anderen sprachlichen Forderungen gestellt werden, sind die Klagen gegen die Ernennung des Herrn NOE bei der Vervierser Inspektion zulässig, aber nicht begründet.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt jedoch fest, dass ein solcher Dienst so organisiert werden muss, dass er ohne die geringste Schwierigkeit seinen Verpflichtungen nachkommen kann, die ihm durch den 2. Absatz von Artikel 41 des Gesetzes vom 09.08.1980 auferlegt werden, d.h. gegebenenfalls die deutsche Sprache gebrauchen können. Gemäss den eingezogenen Erkundigungen zählt der Dienst nach der Ernennung des Herrn NOE nur zwei französischsprachige Personalmitglieder, die keinerlei gesetzlich festgestellte Kenntnis der deutschen Sprache nachweisen können. Der Dienst ist offensichtlich nicht so organisiert, dass er den gesetzlichen Anforderungen nachkommen kann, und die Klagen werden in diesem Punkt als zulässig und begründet angesehen.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle bittet Sie, ihr mitzuteilen, was auf dieses Gutachten hin in besagter Angelegenheit veranlasst werden wird.

Den Klägern wird eine Abschrift des Gutachtens zugestellt.

Hochachtungsvoll,

DER VORSITZENDE

J. FLEERACKERS